



Dokumentation des *Mobilen* Fachtages am 29. September 2006

Opferperspektive

Aktionsbündnis gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Impressum

Verantwortliche Herausgeberin:



Opferperspektive e.V.

Schlossstraße 1
14467 Potsdam

Telefon: 0171 1935669

E-Mail: info@opferperspektive.de

Vertretungsberechtigter Vorstand: Marcus Reinert

Vereinsregister: Amtsgericht Potsdam VR 2045

In Kooperation mit dem



**Aktionsbündnis gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
www.aktionsbuendnis.brandenburg.de

Redaktion: Jonas Frykman

Mitarbeit: Martin Beck

Gestaltung: Sabine Steinhof

Fotos: Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und
Fremdenfeindlichkeit

Potsdam, November 2006

Inhalt

- 1 Mobiler Fachtag »Rechtsextremismus in Brandenburg – Einblicke vor Ort«**
Heinz-Joachim Lohmann und Judith Porath

- 5 Demokratiefeindliche Bestrebungen konsequent bekämpfen**
Beate Blechinger

- 7 Die Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten durch die Staatsanwaltschaft Neuruppin**
Gerd Schnittcher

- 11 R.W. – Ein »Unbelehrbarer«.**
Beispiel einer rechtsextremen Karriere
Lolita Lodenkämper

- 13 Imbissbetriebe als Zielscheibe von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt**
Beate Selders

- 16 Störende Faktoren – Für demokratische Partizipation im ländlichen Raum**
Wolfram Hülsemann

- 18 Radikale Rechte in städtischen Räumen – Ein Stadtspaziergang in Wittstock**
Thomas Bürk-Matsunami

- 21 Das Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung**
Gisela Guskowsky-Bork

- 23 Pressespiegel**

Rechtsextremismus in Brandenburg

– Einblicke vor Ort

Heinz-Joachim Lohmann und Judith Porath

»Einblicke vor Ort« war das Motto, unter dem der Verein Opferperspektive und das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit am 29. September 2006 zu einem mobilen Fachtag eingeladen hatten. Die TagungsteilnehmerInnen sollten sich in direkten Gesprächen ein Bild davon machen können, wie Bürgerinitiativen, Vereine und kommunale Verwaltungen, die Strafverfolgungsbehörden die Entwicklung des Rechtsextremismus wahrnehmen – und was sie dagegen tun. 42 Abgeordnete, JournalistInnen, VertreterInnen von Verbänden und Institutionen folgten der Einladung. Mit einem Reisebus fuhren sie aus der Landeshauptstadt in den Landkreis Ostprignitz-Ruppin, eine der ländlich geprägten Regionen Ostdeutschlands, die mit schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben. Dass sich rechtsextreme Einstellungen und Strukturen vor diesem Hintergrund stärker ausbreiten und verfestigen als in den städtischen, wirtschaftlich stärkeren Gebieten, wurde bei den drei Stationen des Fachtages eindrücklich vermittelt.

Beim Besuch der Staatsanwaltschaft in Neuruppin wurde deutlich, dass sich rechtsextreme Gewalttäter zunehmend offen zu ihrer Gesinnung bekennen und direkt nach der Haftentlassung weitere Straftaten begehen. Der Verfolgungsdruck durch Sondereinheiten und Sonderdezernate auf die rechtsextreme Szene sei hoch, dies könne aber das gesellschaftliche Problem nicht lösen – dieses Fazit gaben die Strafverfolger den Teilnehmenden mit auf den Weg nach Rheinsberg. In dem Fremdenverkehrsort, in dem immer wieder Anschläge gegen ausländische Gewerbetreibende verübt wurden, hat sich die Stadtverwaltung dieser Aufgabe gestellt. Sie will mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger langfristig an einem demokratischen Gemeinwesen arbeiten; der Bürgermeister unterstrich zugleich, dass die soziale Desintegration in der Kommune ein solches Vorhaben untergräbt. Auch im benachbarten Wittstock waren es zunächst die Institutionen, die Bürgerinnen und Bür-

ger zum Widerstand riefen. Eindringlich schilderten die Mitglieder des inzwischen eigenständigen Bürgerbündnisses, wie sie in täglicher Kleinarbeit für Demokratie und Menschenrechte eintreten, während organisierte Neonazis die gesamte Region mit Propaganda überziehen, einen Sitz im Stadtrat bekleiden und ein Ladengeschäft in bester Lage betreiben.

Die hier dokumentierten Beiträge beleuchten, aus unterschiedlichen Blickwinkeln, einzelne Aspekte einer voranschreitenden Verflechtung des Rechtsextremismus mit der Alltagskultur in ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Dieser Entwicklung entgegen zu wirken, ist eine zentrale Herausforderung – in diesem Punkt waren sich die VertreterInnen von Bürgerinitiativen, Strafverfolgungsbehörden und Kommunen einig.

Wir danken all jenen, die den mobilen Fachtag durch ihre engagierte Mitarbeit auf die Beine gestellt haben. Dies gilt im Besonderen für all jene in Ostprignitz-Ruppin, die unter schwierigen Voraussetzungen sich den Rechtsextremen entgegenstellen und, mit ihren Erfahrungen und Einsichten aus alltäglicher Arbeit, »Einblicke vor Ort« gewährten.

Heinz-Joachim Lohmann ist Vorsitzender des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Judith Porath ist Geschäftsführerin der Opferperspektive

Programm

8.45 Landtag Potsdam

Begrüßung durch Heinz-Joachim Lohmann
(Vorsitzender des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit)

9.00 Potsdam-Neuruppin

»Rechtsextremismus in Brandenburg – Einblicke vor Ort« Jonas Frykman (Opferperspektive)
»Erfahrungen von Opfern rechter Gewalt«
Produktion: Simón Ramírez Voltaire, SprecherInnen: Silke Diettrich, Thomas Guthmann

10.15 Staatsanwaltschaft Neuruppin

Grußwort von Beate Blechinger (Ministerin der Justiz des Landes Brandenburg)
»Verfolgung rechtmotivierter Straftaten: Erfahrungen, Strukturen, Strategien«
Dieter Kahler (Schutzbereichsleiter Ostprignitz-Ruppin), Lolita Lodenkämper (Oberstaatsanwältin),
Gerd Schnittcher (Leitender Oberstaatsanwalt)
Moderation: Dominique John (Koordinator der Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalttaten)

11:45 Neuruppin-Rheinsberg

»Rassistische Brandanschläge gegen Imbisse und Geschäfte«
Beate Selders (Journalistin und Soziologin)

12:45 Freiwillige Feuerwehr Rheinsberg

»Störende Faktoren – Für demokratische Partizipation im ländlichen Raum«
Wolfram Hülsemann (Leiter des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung Demos)
»Kommunalpolitische Strategien gegen Rechtsextremismus« Manfred Richter (Bürgermeister von Rheinsberg)
Moderation: Anna Spangenberg (Geschäftsführerin des Aktionsbündnisses gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit)

13:30 Restaurant Große Mauer Rheinsberg

Mittagessen mit Gästen: Ulrike Borrmann (Schülerin), Mehmet Çimendag (Gewerbetreibender),
Ilona Kretzschmar-Schmidt (Pfarrerin, Evangelische Gemeinde Rheinsberg),
Kristina Nauditt (Trainerin und Moderatorin, Argo-Team),
Manfred Richter (Bürgermeister von Rheinsberg), Ole Schröter (Schüler)

15:00 Wittstock/Dosse

»Radikale Rechte in kleinstädtischen Räumen – Das Beispiel Wittstock«
Stadtspaziergang mit Thomas Bürk-Matsunami (Sozialgeograf)

15:30 Torbogenhaus Wittstock

Begrüßung durch Dorothea Stüben (Fachbereichsleiterin für Jugend und Kultur, Stadt Wittstock/Dosse)
»Rechtsextreme Strukturen in Nordwestbrandenburg«
Nicola Scuteri (Mobiles Beratungsteam Neuruppin/ Demos-Institut)
»Bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus«
Gisela Guskowsky-Bork (Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung)
Moderation: Dominique John (Koordinator der Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalttaten)

16:45 Museum »Alte Bischofsburg« Wittstock

Abschlussgespräch
Moderation: Wolfram Hülsemann
(Leiter des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung Demos)

Mitwirkende

Martin Beck, Journalist

Ulrike Borrmann, Schülerin, Rheinsberg

Thomas Bürk-Matsunami, Sozialgeograf

Mehmet Çimendag, Gewerbetreibender, Rheinsberg

Silke Diettrich, Redakteurin, radiomultikulti

Jonas Frykman, Opferperspektive

Gisela Guskowsky-Bork, Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung

Thomas Guthmann, Redakteur, Nachrichtenpool Lateinamerika

Wolfram Hülsemann, Leiter des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung Demos

Dominique John, Koordinator der Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt

Dieter Kahler, Polizeidirektor, Schutzbereichsleiter Ostprignitz-Ruppin

Ilona Kretzschmar-Schmidt, Pfarrerin, Evangelische Gemeinde Rheinsberg

Lolita Lodenkämper, Oberstaatsanwältin, Staatsanwaltschaft Neuruppin

Heinz-Joachim Lohmann, Vorsitzender, Aktionsbündnis gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Melanie Lucas, Sozialpädagogin

Kristina Nauditt, Trainerin und Moderatorin, Argo-Team

Judith Porath, Opferperspektive

Simón Ramírez Voltaire, Journalist und Politikwissenschaftler

Manfred Richter, Bürgermeister, Stadt Rheinsberg

Gerd Schnittcher, Leitender Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Neuruppin

Nicola Scuteri, Mobiles Beratungsteam Neuruppin/Demos-Institut

Ole Schröter, Schüler, Rheinsberg

Beate Selders, Journalistin und Soziologin

Anna Spangenberg, Geschäftsführerin, Aktionsbündnis gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Dorothea Stüben, Fachbereichsleiterin für Jugend und Kultur, Stadt Wittstock/Dosse

Lingli Yin, Gewerbetreibende, Rheinsberg

Teilnehmende

Niels Annen, Mitglied des Bundestages (SPD)
Klaus-Peter Appel, Stellvertretender Landrat Ostprignitz-Ruppin
Ernst Bahr, Mitglied des Bundestages (SPD)
Klaus Uwe Benneter, Mitglied des Bundestages (SPD)
Almuth Berger, Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg
Dr. Andreas Bernig, Mitglied des Landtages (Die Linke.PDS)
Jens Blankennagel, Berliner Zeitung
Beate Blechinger, Ministerin der Justiz des Landes Brandenburg
Dr. Gideon Botsch, Moses Mendelssohn Zentrum, Universität Potsdam
Dr. Andreas Eberhardt, Geschäftsführer, Gegen Vergessen – Für Demokratie
Sebastian Edathy, Mitglied des Bundestages (SPD)
Gabriele Fograscher, Mitglied des Bundestages (SPD)
Thomas Förster, Stellvertretender Landesjugendfeuerwehrwart,
Landesfeuerwehrverband Brandenburg
Christian Gilde, Landrat Ostprignitz-Ruppin (SPD)
Ulrike Hagemeister, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung
Bernhard Honnigfort, Frankfurter Rundschau
Michael Kellner, Referent von MdB Claudia Roth (B90/Die Grünen)
Prof. Heinz Kleger, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam
Dr. Jens Klocksinn, Mitglied des Landtages (SPD)
Christoph Kopke, Moses Mendelssohn Zentrum, Universität Potsdam
Lorenz Korgel, Koordinator der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus
Monika Lazar, Mitglied des Bundestages (B90/Die Grünen)
Dr. Bärbel Möller, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung
Dr. Martina Münch, Mitglied des Landtages (SPD)
Petra Pau, Mitglied des Bundestages (Die Linke)
Annette Ramelsberger, Süddeutsche Zeitung
Dr. Erardo C. Rautenberg, Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg
Claudia Roth, Mitglied des Bundestages (B90/Die Grünen)
Marek Schaller, Landtagsbüro Ralf Holzschuher (SPD)
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Mitglied des Landtages (Die Linke.PDS)
Frank Schauka, Märkische Allgemeine
Werner-Siegwart Schippel, Mitglied des Landtages (SPD)
Elisabeth Schroedter, Mitglied des Europäischen Parlaments (B90/Die Grünen)
Bernd Sommer, Bundestagsbüro Sebastian Edathy (SPD)
Michael Schwandt, Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen,
Jugendarbeit und Schule Brandenburg
Dr. Kirsten Tackmann, Mitglied des Bundestages (Die Linke)
Angelika Thiel-Vigh, Leiterin, Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg
Marie Luise von Halem, Landesgeschäftsführerin, B90/Die Grünen Brandenburg
Inga Wagner, Bundestagsbüro Kerstin Griese (SPD)
Dr. Gerd Wiegel, Fachreferent Rechtsextremismus und Antifaschismus, Bundestagsfraktion Die Linke
Daniel Wittmer, DGB-Jugend Berlin-Brandenburg
Martin Ziegenhagen, Gegen Vergessen – Für Demokratie

Demokratiefeindliche Bestrebungen konsequent bekämpfen

Beate Blechinger

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Debatte um Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt in Deutschland ist in vollem Gange. Das ist gut so angesichts der Gefahr, die zur Zeit von rechtsextremistischem Gedankengut ausgeht. Aber wer glaubt, inzwischen sei alles gesagt oder getan, der täuscht sich. Nach jeder Landtagswahl, bei der rechtsextremistische Parteien Erfolge erzielen, wie vor zwei Wochen die NPD in Mecklenburg-Vorpommern, wird von Seiten der Politik, der Medien und anderer gesellschaftlicher Gruppen ein Aktionismus an den Tag gelegt, bei dem man denken könnte, das Problem des wachsenden Rechtsextremismus sei gerade erst entstanden. Einige meinen, allein mit Hilfe eines Parteiverbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht oder mit verstärktem Geldeinsatz sei das Problem zu lösen.

Meine Damen und Herren, wir wissen aber: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind leider keine Probleme, die schnell gelöst werden können. Dazu sind ihre Ursachen viel zu komplex, ihre Wurzeln zu stark und bereits in der Mitte der Gesellschaft angelangt. Jeder Einzug einer rechtsextremistischen Partei in einen Landtag, jede Gewalttat an ausländischen Mitbürgern, jede rassistische Schmähung ist ein dramatisches Warnzeichen für die Ausbreitung der demokratiefeindlichen Ideologie und ein Erfolg rechtsextremistischer Propaganda. Hinzu kommt ein immer professioneller werdender Kampf gegen unser demokratisches System, gegen unsere gemeinsame Werteordnung, gegen unsere Vorstellung von einem friedlichen und toleranten Zusammenleben. Deshalb kann ein Verbotsverfahren grundsätzlich nur ein möglicher Baustein im Kampf gegen die verfassungsfeindlichen Bestrebungen sein. Ein solches Verfahren ersetzt nicht das tägliche Eintreten aller gesellschaftlichen Gruppen für unser demokratisches Gemeinwesen.

Staat und Politik, Justiz und Polizei haben die Pflicht, den Rechtsstaat zu verteidigen. Dazu gehört auch das entschlossene Eintreten gegen

jede Form des Extremismus, der Fremdenfeindlichkeit und der Ausgrenzung; auch mit Mitteln der Strafjustiz. Die brandenburgische Justiz, Staatsanwaltschaften und Gerichte, leisten hier seit Jahren vorbildliche Arbeit. Ich danke hier stellvertretend für die Staatsanwälte des Landes Herrn Generalstaatsanwalt Dr. Rautenberg, der durch die Einrichtung von Sonderdezernaten bei den Staatsanwaltschaften dafür Sorge getragen hat, dass rechtsextremistische Straftäter schnell und konsequent verfolgt und abgeurteilt werden. Die Staatsanwaltschaften können allerdings auch auf eine engagierte Arbeit der brandenburgischen Polizei im Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus zurückgreifen. Ich erlaube mir hier auf dieser Veranstaltung einmal deutlich zu sagen, dass von Seiten der Polizei und der Justiz im Land Brandenburg wirklich alles Erforderliche getan wird, um rechtsextremistische Gewalttaten oder auch rechtsextremistische Schmähungen und Propagandadelikte zurückzudrängen. Die Strafjustiz wird aber immer erst dann wirksam, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Wenn wir langfristig erfolgreich sein wollen, müssen wir uns mit den Ursachen des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit beschäftigen. Dazu gibt es umfangreiche Studien, auch in Brandenburg. Daraus geht hervor, dass die Wurzeln für solche Fehlentwicklungen bereits in der Familie gelegt werden und durch die Sozialisationsbedingungen (Kindergarten, Schule, Umfeld, Lebensperspektiven) die Fehlentwicklungen vermindert oder verstärkt werden können. Hier sind vor allem präventive Maßnahmen gefordert.

Aber auch die Strafjustiz kann ihren Beitrag dazu leisten. Die Landesregierung versucht zur Zeit mit Hilfe des Instituts für Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam, die Entwicklungsverläufe junger rechtsextremistischer Straftäter zu betrachten. Von dem Ergebnis dieser Analyse verspreche ich mir, dass wir unseren Staatsanwälten und Richtern noch besser mittei-

können, welche strafprozessualen Maßnahmen die Täter am nachhaltigsten beeindrucken und mit welchen Sanktionen oder Erziehungsmaßnahmen wir sie sogar von einer kriminellen rechtsextremistischen Karriere abbringen können.

Meine Damen und Herren, Brandenburg ist besser als sein Ruf. Wir sind keine »No-go-Area«, und die übergroße Mehrheit der Menschen in diesem Land ist demokratisch gesinnt und duldet kein rechtsextremistisches Gedankengut und keine kriminellen fremdenfeindlichen Exzesse. Der Kampf gegen Rechtsextremismus erfolgt hier im Vergleich zu allen anderen ostdeutschen Bundesländern professioneller und konsequenter. Wir haben in Brandenburg erfolgreiche mobile Beratungsteams. Wir haben die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg, wo alle Maßnahmen gebündelt und effizienter gestaltet werden. Hier wird der Wille der Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sehr konkret sichtbar. Wir haben auf polizeilicher Ebene die MEGA und TOMEK, die auf der einen Seite den Verfolgungsdruck auf rechtsextremistische Täter spürbar erhöhen und andererseits sich um die Täter kümmern, um sie aus den Strukturen der rechtsextremistischen Netzwerke zu lösen. Wir haben das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wir haben insgesamt ein staatliches und ein zivilgesellschaftliches Netzwerk zur Bekämpfung von politischen Extremisten. Wir haben Strukturen, die andere Bundesländer erst aufbauen müssen und um die uns andere Bundesländer beneiden. Aber dieses Netzwerk kann das Land Brandenburg alleine nicht finanzieren. Dies sieht man deutlich

an der Debatte um die Finanzierung der Opferperspektive. Die Opferperspektive ist ebenfalls ein Teil des brandenburgischen Netzwerkes zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Der vom Verein Opferperspektive gewählte Ansatz der aufsuchenden Beratung ist nach meiner Überzeugung auch in Zukunft dringend notwendig, um Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten auch unmittelbar nach der Tat zu unterstützen. Auch wenn die Zusammenarbeit mit dem Verein leider nicht immer spannungsfrei verläuft, möchte ich heute den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Opferperspektive für die geleistete Arbeit im Bereich der Opferhilfe danken. Es ist wichtig, dass wir uns der Problematik »des Rechtsextremismus« stellen, und dazu bedarf es vielseitiger Initiativen. Wir sind derzeit mit anderen Ressorts der Landesregierung darüber im Gespräch, wie die Arbeit der Opferperspektive in den nächsten Jahren finanziell unterstützt werden kann. Ich hoffe, dass wir zu einem guten Ergebnis kommen.

Meine Damen und Herren, stellen wir uns überall denen entgegen, die meinen, einfache Antworten auf komplexe Fragen geben zu können. Stärken wir das Selbstvertrauen unserer Kinder und Jugendlichen und die Zuversicht, die Probleme der Zukunft meistern zu können. Setzen wir alle Ressourcen ein, um ein gewaltfreies Aufwachsen unserer Kinder zu ermöglichen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag dazu, sie widerstandsfähig gegen demokratiefeindliche Bestrebungen und primitive Parolen zu machen.

Ich danke Ihnen!

Beate Blechinger ist Ministerin der Justiz des Landes Brandenburg

Die Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten durch die Staatsanwaltschaft Neuruppin

Gerd Schnittcher

Sehr verehrte Frau Ministerin,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
Herr Generalstaatsanwalt,
meine Damen und Herren,
ich begrüße sie recht herzlich in der Staatsanwaltschaft Neuruppin zur Vorstellung eines stark repressiv ausgerichteten Ansatzes zur Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität.
Die Staatsanwaltschaft Neuruppin ist eine reine Strafverfolgungsbehörde. Wir verstehen unsere Tätigkeit zwar auch unter Präventionsgesichtspunkten – »Prävention durch Repression«, dazu werde ich später etwas ausführen –, gesetzliche Aufgaben haben wir hier allerdings nicht. Die Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten ist nur eine der Aufgaben, die wir hier zu erfüllen haben. Seit der Gründung der Staatsanwaltschaft Neuruppin am 1. Dezember 1993 haben uns politisch motivierte Straftaten im Norden des Landes Brandenburg in Atem gehalten und unsere ganze Aufmerksamkeit gefordert. Straftaten mit rechtsextremistischem, fremden- oder ausländerfeindlichem Hintergrund beschädigen, von den Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung einmal abgesehen, seit Jahren das Ansehen des Landes, auch im Ausland. Wirtschaftliche Auswirkungen auf den Standort Brandenburg sind evident. So berichteten vor einiger Zeit auflagenstarke Zeitungen in Kairo und London über eine – aus unserer Sicht nicht besonders außergewöhnliche – ausländerfeindliche Attacke zweier Rechtsextremer auf einen Ägypter in einem Zug in der Nähe von Neustadt. Sie waren irgendwie auf die Sache aufmerksam geworden und hatten sich anschließend bei uns darüber informiert. Unserem Kommentar, es handele sich bei solchen Taten nicht um einen Flächenbrand, wurde mit Skepsis begegnet. Nein, es ist kein Flächenbrand – ein Einzelfall ist es aber genauso wenig. Es ist einer von unerträglich vielen Einzelfällen. Manchmal ist es zum Verzweifeln: Phasen längerer, scheinbarer Beruhigung des Problems folgt unvermittelt eine oder eine ganze Serie neuer schwerer Taten mit erheblicher Resonanz

in der Öffentlichkeit. Man fühlt sich als Staatsanwalt manchmal wie Herakles beim Kampf mit der Hydra.

Wie Frau Ministerin bereits unterstrichen hat, gibt es mehrere Ansätze, rechtsextremen Erscheinungsformen entgegen zu treten. Es handelt sich um eine gesellschaftliche Herausforderung. Die Verfolgung als Straftat ist dabei nur ein Stück – und nicht das wichtigste – des gesellschaftlichen Kuchens zur Lösung des Problems. Ich sage das insbesondere deshalb, weil einige meinen, in erster Linie den Strafverfolgungsbehörden die Zuständigkeit hierfür aufbürden zu müssen. Wir haben nur die Möglichkeit zu reagieren, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Uns steht nur der repressive Ansatz zur Verfügung.

Die bei uns in diesem Bereich tätigen Staatsanwälte sind gehalten, den strafrechtlichen Druck auf die Szene so hoch wie möglich zu halten. Darin sehen wir den Kern unseres Beitrages zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. »Null Toleranz« – Schnell und hart, unter Ausreizung aller strafprozessualen Möglichkeiten, zu reagieren, das ist das Motto der Behörde. Ein Anspruch, dem wir aus personellen Gründen in diesem Maße nicht in allen Deliktbereichen entsprechen können. Politisch motivierte Straftaten – Gewaltdelikte, Sachbeschädigungen, Brandstiftungen und Propagandastraftaten – haben, was deren Verfolgung angeht, bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin absolute Priorität.

Ich will Ihnen kurz skizzieren, mit welchen Sofortmaßnahmen wir auf Straftaten in diesem Deliktbereich reagieren. Es gibt zunächst einen besonderen staatsanwaltschaftlichen Bereitschaftsdienst für politisch motivierte Straftaten, der rund um die Uhr besetzt ist und von der Polizei sofort verständigt wird, wenn ein politisch motiviertes Delikt vorliegt. Die Einstufung der Tat als eine politisch motivierte ist mitunter schwierig, denn nicht immer ist der Hin-

tergrund einer Tat sofort zu erkennen. So kann es sich bei Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten auch einmal um einen Streit um die gemeinsame Freundin handeln. Ein überregional bekannt gewordenes Beispiel zunächst unsicherer Bewertung war der Fall »Potzlow« im Jahr 2002. Rechtsextreme machten hier einen »Kumpel« zum Opfer, indem sie ihn zwangen zu sagen: »Ich bin Jude«, um ihn anschließend zu quälen und zu töten. Wir haben die Tat als rechtsextremistisch eingestuft und verfolgt. Wenn eine solche Einstufung erfolgt ist, wird zum einen die Leitung des Ermittlungsverfahrens zu einem frühen Zeitpunkt einem Staatsanwalt der politischen Abteilung übertragen, und es wird zum anderen ein möglichst schneller Abschluss des Ermittlungsverfahrens angestrebt. Das strafprozessuale Vorgehen ist darauf ausgerichtet, eine zeitnahe und deutliche staatliche Reaktion zu erzielen. Neben der Ausreizung der Möglichkeiten zur Beschlagnahme von Tatmitteln – Tatwerkzeuge, Propagandamaterial, Führerschein, Fahrzeuge und so weiter – sowie der zügigen Beendigung des Ermittlungsverfahrens, geschieht dies vor allem durch eine extensive Prüfung der Haftfrage. Wir versuchen, die Täter sofort von der Straße herunter und aus der Szene heraus zu bekommen. Das Signal der Untersuchungshaft ist auch gegenüber der Öffentlichkeit von Bedeutung. Denn mitunter interpretieren die Bürger und die Medien es als Zeichen staatlicher Schwäche, wenn Rechtsextreme nach begangenen Straftaten noch »draußen herumlaufen«. Zwar kann die öffentliche Meinung nicht der Maßstab unseres Handelns sein, auf der anderen Seite sollte man aber auch die Wirkung sofortiger Untersuchungshaft auf den Täter und Gleichgesinnte nicht unterschätzen. Regelmäßig bereitet uns das restriktive Haftrecht erhebliche Probleme. Oft fehlen uns, von besonders schwerwiegenden Taten und unbelehrbaren Wiederholungstätern abgesehen, die Haftgründe Flucht- und Wiederholungsgefahr. Nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens sind wir an schnellen Verurteilungen interessiert. Zum Teil konnten wir durch die Anwendung des beschleunigten Verfahrens bereits am Tag nach der Tatbegehung eine Verurteilung erreichen. Die Voraussetzungen dafür sind eine einfache Beweislage und eine zu erwartende Jugend- oder Freiheitsstrafe von nicht über einem Jahr. Die »normale«

Anklage, außerhalb des beschleunigten Verfahrens, wird bei umfangreicheren Ermittlungen im Regelfall maximal sechs Wochen nach der Tat erhoben. Wir liegen hier im Durchschnitt bei zweieinhalb Wochen. Bei jugendlichen Straftätern wäre die Anwendung des beschleunigten Verfahrens mitunter wünschenswert, das ist aber leider nicht zulässig – trotz des dem Jugendstrafrecht innewohnenden besonderen Beschleunigungsgebots, nach dem die Ahndung der Tat auf dem Fuße folgen soll.

Bei Hauptverhandlungen vor Gericht spielen eine Reihe von Faktoren eine Rolle: Zunächst kann man beobachten, dass die Höhe der Strafen bei politischen Delikten in der Szene durchaus bekannt ist und die Täter sich in der Hauptverhandlung – anders als dies früher der Fall war – kaum noch offen zu ihrer Gesinnung bekennen. Insbesondere bei Gewaltdelikten ist unser Ziel eine empfindliche Strafe mit generalpräventiver, das heißt allgemein abschreckender Wirkung auf die Szene. Dazu streben wir Strafen ohne Strafaussetzung zur Bewährung an. Kein Problem haben wir bei Jugend- oder Freiheitsstrafen über zwei Jahren, weil hier ein gesetzliches Verbot der Strafaussetzung gilt. Haftstrafen von bis zu zwei Jahren werden bei jugendlichen oder Heranwachsenden jedoch fast immer zur Bewährung ausgesetzt, wenn es sich nicht um besonders schwerwiegende Taten handelt oder eine erhebliche Vorbelastung vorliegt. Generalpräventive Strafzumessungserwägungen sind nur im Erwachsenenstrafrecht zulässig. Insgesamt haben wir im Bereich der politisch motivierten Kriminalität jedoch häufiger einen Konsens mit Richtern über die Strafhöhe, als dies bei der allgemeinen Kriminalität der Fall ist, so dass wir in diesen Verfahren weniger Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft haben als in anderen Deliktbereichen. Zusammenfassend kann man sagen, dass wir bereits seit langer Zeit die strafprozessualen Möglichkeiten gegen rechtsextremistische Taten voll ausreizen. Die Repression ist »am Anschlag«.

Bei der Verfolgung Jugendlicher und Heranwachsender haben wir eine besondere Situation, die uns Schwierigkeiten bereitet. Die Verfolgung politisch motivierter Delikte ist aufgrund des Alters der Täter häufig im Jugendstrafrecht angesiedelt, in dem ein erheblich höherer Täterschutz gilt. Dieser ist natürlich am höchsten bei Kindern, die aufgrund

einer unwiderlegbaren Vermutung fehlender Einsichtsfähigkeit bis zum Alter von 14 Jahren als strafunmündig gelten. Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren sind bestrafbar, insofern eine Einsichtsfähigkeit in das Unrecht des Handelns vorliegt. Heranwachsende, also Menschen im Alter von 18 bis 20 Jahren, sind in der Regel als Erwachsene zu bestrafen, es sei denn, sie werden ausnahmsweise Jugendlichen gleich gestellt. Hier haben wir aber in der Rechtspraxis eine Umkehrung: Heranwachsenden wird regelmäßig der Schutz des Jugendstrafrechts zuteil, während dies vom Gesetzgeber an sich nur ausnahmsweise vorgesehen ist.

Was nun die Untersuchungshaft betrifft, so folgt im Jugendstrafrecht aus dem Vorrang des Erziehungsgedankens der Vorrang einer Unterbringung in einem Heim der Jugendhilfe, während die Untersuchungshaft hier nur die ultima ratio darstellt. Wir haben in Brandenburg in Frostenwalde erfolgreiche Einrichtungen der Jugendhilfe zur Untersuchungshaft-Vermeidung. Rechtsextreme Gewalttäter sind hier die absolute Ausnahme und nicht gern gesehen. Wenn nun aus diesen Gründen ein Haftbefehl gegen rechtsextreme Gewalttäter ausbleibt, werden wir mit einem weitgehenden Unverständnis in der Öffentlichkeit konfrontiert. Das betrifft die Medien, aber wir haben wir auch Anrufe von Schulleitern gehabt, die uns schilderten, dass das Ausbleiben der Untersuchungshaft nicht gegenüber dem Rechtsempfinden der Schüler zu vermitteln ist, die dies als fehlende staatliche Reaktion einordnen.

Ein Beispiel hierfür ist der Fall des der NPD nahe stehenden Heranwachsenden Michael M. aus Rheinsberg, der in diesem Jahr bei mehreren Anschlügen auf Einrichtungen ausländischer Gewerbetreibender in Erscheinung getreten ist. Weil es sich bei ihm um einen unverfrorenen Wiederholungstäter handelte, hatten wir uns zum Ziel gesetzt, einen Haftbefehl zu erwirken und dann zu einer Verurteilung zu einer Strafe ohne Strafaussetzung zu gelangen. Der Haftbefehl wurde mangels Haftgründen nicht ausgestellt, woraufhin wir eine Haftbeschwerde einlegten, die jedoch vom Landgericht zurückgewiesen wurde. Die Zurückweisung war zwar rechtlich nicht zu beanstanden, trotzdem musste sie als falsches Signal gegenüber der Szene gewertet werden. In diesem Fall haben wir we-

gen Strafhöhenbegrenzung auf das beschleunigte Verfahren verzichtet und stattdessen eine zügige Anklageerhebung beim Jugendschöffengericht angestrebt. Unser Ziel war es, eine Verurteilung nach dem Erwachsenenstrafrecht zu erwirken, weil hier generalpräventive Strafzumessungsgesichtspunkte anwendbar sind. Im Jugendstrafrecht, in dem Straftaten als ein vorübergehendes Phänomen angesehen werden und der Erziehungsgedanke im Mittelpunkt steht, sind generalpräventive Erwägungen verboten. Dieses Ziel haben wir erreicht. Michael M. wurde als Erwachsener behandelt und »aus dem Stand« zu zehn Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Abschließend will ich Ihnen einige Beobachtungen zum typischen Täterbild bei der politisch motivierten Kriminalität skizzieren, weil wir glauben, hier einen Wandel zu spüren. Das Bild des typischen rechtsextremen Gewalttäters ist geprägt von einer mäßigen Intelligenz, unzureichender Bildung und mangelhafter Erziehung. Man kann bei dieser Klientel durchaus einen weitgehenden Verlust traditioneller Werte feststellen, die sich unter anderem in einer unstrukturierten Fremden- und Ausländerfeindlichkeit sowie einer generellen Gewaltneigung ausdrückt. Bei den Taten kommen in der Regel eine gewisse Gruppendynamik und vor allem ungehemmter Alkoholkonsum hinzu. Viele Taten sind Spontantaten, die sich aus dieser Disposition und Dynamik erklären. Es sind also oft keine geplanten Taten vor dem Hintergrund einer politischen Überzeugung und der Nähe zu einer rechtsextremen Organisation. In der Hauptverhandlung äußerte sich das häufig dadurch, dass die Täter bemüht sind, den politischen Hintergrund ihrer Tat abzustreiten. Es hat sich herumgesprochen, dass sich das offene Bekenntnis zur rechtsextremen Gesinnung in der Strafzumessung niederschlägt.

Aus einigen Verfahren heraus hegen wir die Befürchtung, dass dieses Täterbild des »rechtsextremen Kampftrinkers« möglicherweise bald der Vergangenheit angehören könnte; eine Befürchtung deshalb, weil es noch schlimmer kommen könnte. Wir haben zwar keine wissenschaftlich belastbaren Erkenntnisse, glauben aber doch zu spüren, dass bei rechtsextremen Straftätern zunehmend eine Nähe zu und Steuerung durch rechtsextreme Organisationen wie der NPD, dem Schutzbund Deutschland oder der Kameradschaftsvereine er-

Gerd Schnittcher

kennbar ist. Auffällig ist auch, dass Alkohol oft eine geringere Rolle spielt, das heißt, die Taten werden inzwischen zum Teil stocknüchtern begangen. Dazu kommt, dass die Straftäter häufig von den bekannten Szene-Rechtsanwälten vertreten werden und, während des Strafverfahrens und später in Haft, von der Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG) Betreuung erhalten. Wir erleben auch, dass rechtsextreme Gewalttäter in der Hauptverhandlung von im Publikum anwesenden NPD-Kadern unterstützt werden. Das sind Elemente, die die Tendenz bestärken, dass sich Täter kaum noch bemühen, ihre Taten und deren politisch motivierten Hintergrund zu verschleiern, sondern sich vielmehr bis in die Hauptverhandlung hinein offen zu ihrer Gesinnung bekennen. Vielen Dank.

Gerd Schnittcher ist Leitender Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Neuruppin

R.W. – Ein »Unbelehrbarer«.

Beispiel einer rechtsextremen Karriere

Lolita Lodenkämper

R.W. wurde im Jahre 1986 geboren. Er wuchs ohne Geschwister und – obwohl sich seine Mutter, als R.W. zwei Jahre alt war, von seinem leiblichen Vater trennte – in einer stabilen Familie auf, insbesondere deshalb, weil ihn der neue Lebenspartner der Mutter wie einen eigenen Sohn angenommen hatte und sich beide um ihn gesorgt und gekümmert haben. Nach dem Besuch von Vorschuleinrichtungen wurde R.W. altersgerecht in Rheinsberg eingeschult und erreichte zunächst durchschnittliche Leistungen. Die 6. Klasse musste er aufgrund von Leistungsdefiziten wiederholen. Nach dem Wechsel in die Gesamtschule in Rheinsberg musste er dann auch die 8. Klasse wiederholen und verließ im Jahre 2002 die Schule mit dem Abgangszeugnis der 7. Klasse.

Im Anschluss absolvierte er eine berufsvorbereitende Maßnahme. Kurz vor deren erfolgreichem Abschluss trat R.W. erstmals – im Alter von 17 Jahren – strafrechtlich in Erscheinung: Zusammen mit einem erwachsenen Mittäter hatte er am 11. August 2003 versucht, den Dönerstand des Inhabers Mehmet Çimendag in der Paulshorster Straße in Rheinsberg in Brand zu setzen. Glücklicherweise misslang das Vorhaben, weil der Unterboden des Dönerwagens aus Metall bestand und die von den beiden unter den Wagen gelegte brennende Mülltüte deshalb nicht geeignet war, den Stand in Brand zu setzen. Wegen dieser Tat, die er begangen hatte, weil er ebenso wie sein Mittäter, so wörtlich, »gegen Türken« sei, von denen nach seiner Auffassung »hier zu viele« lebten, wurde er vorläufig festgenommen. Am darauf folgenden Tag, dem 15. August 2003, wurde gegen ihn im vereinfachten Jugendverfahren ein Dauerarrest von vier Wochen verhängt.

Um seine Lehre zum Tischler, die er nach Rechtskraft dieses Urteils am 17. November 2003 im Dezember 2003 aufnahm, nicht zu gefährden, wurde ihm auf Intervention seiner Mutter und deren Lebensgefährten zugebilligt, den gegen ihn verhängten Arrest etappenweise während seiner Urlaubszeiten zu verbüßen. Noch bevor er seine

erste Etappe des Arrestes im April 2004 angetreten hatte, wurde er erneut straffällig. Im Verlaufe eines Trinkgelages schlug er einem ihn anpöbelnden Mittrinker eine Flasche derart brutal auf den Kopf, dass dieser eine Woche stationär behandelt werden musste. Wegen dieser Tat wurde er am 17. Dezember 2004 zu einer Jugendstrafe von sieben Monaten verurteilt, deren Vollstreckung für die Dauer von zwei Jahren zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Nur etwas über einen Monat nach dieser Verurteilung beging R.W. am 28. Januar 2005 eine weitere – rechtsextrem motivierte – Gewalttat. Auf dem Neuruppiner Schulplatz trafen er und zwei weitere, der rechten Szene zuzuordnende Täter auf eine Gruppe von Jugendlichen, die sie der linken Szene zuordneten. Sie entschlossen sich, diese zu provozieren, um schließlich einen Anlass zu finden, mit Gewalt gegen sie vorgehen zu können. Sie drängten diesen deshalb eine politische Diskussion über »rechte« Parteien auf und forderten Erklärungen dafür, warum diese Jugendlichen PDS und nicht DVU wählten. Wie beabsichtigt, eskalierte die zunächst verbal geführte Auseinandersetzung und sie nahmen in der weiteren Folge vermeintlich gegen sie gerichtete Beleidigungen zum Anlass, zu zweit gewaltsam gegen die »Linken« vorzugehen; unter anderem traten sie zu zweit wahllos auf ein am Boden liegendes Opfer ein, wobei einer der Täter mit Stahlkappen versehene Springerstiefel trug.

Der gegen R.W. noch am Tattag beantragte Haftbefehl wurde zwar erlassen, jedoch außer Vollzug gesetzt – unter anderem mit der Auflage, R.W. müsse seine Lehre weiterführen sowie ein Mal wöchentlich wegen seines Alkoholproblems, das bei seinen Gewalttaten immer wieder mitursächlich zu Tage getreten war, die Suchtberatung aufsuchen. Im Februar 2005 unterzog er sich dann einer dreiwöchigen stationären Alkoholentziehungskur, die aber nicht von Erfolg gekrönt war. Bereits im darauf folgenden Monat gab er sich wieder verstärkt dem Alkohol hin, brach den Kontakt zu seiner

Bewährungshelferin ab und erschien nicht mehr in seiner Ausbildungsstelle, so dass ihm diese gekündigt wurde. Wegen seiner Verstöße gegen die Auflagen im ausgesetzten Haftbefehl wurde dieser wieder in Vollzug gesetzt.

R.W. wurde dann Anfang April festgenommen und in Untersuchungshaft genommen. Die Hauptverhandlung wegen der zuletzt genannten Tat und zweier weiterer Straftaten aus dem Jahre 2004, unter anderem wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, fand am 21. Juni 2005 vor dem Amtsgericht – einem Jugendschöffengericht – in Neuruppin statt. R.W. wurde unter Einbeziehung der Vorverurteilung zu einer Einheitsjugendstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt. Bis Anfang April dieses Jahres befand er sich im Jugendstrafvollzug. Am 4. April wurde er nach Teilverbüßung dieser Strafe aus dem Jugendstrafvollzug entlassen. Die Vollstreckung der Reststrafe wurde ihm für die Dauer von zwei Jahren zur Bewährung ausgesetzt.

Kaum 14 Tage nach seiner Entlassung beging er erneut Körperverletzungsdelikte, wobei diese in zwei Fällen auf persönliche Auseinandersetzungen, in einem Fall jedenfalls aber erneut auf seine »rechte« Motivation zurückzuführen waren.

So schlug er am 19. April in Rheinsberg zusammen mit einem weiteren, der rechten Szene zuzurechnenden Mittäter auf einen Jugendlichen ein, weil ihnen dessen äußeres Erscheinungsbild – insbesondere dessen lange Haare – nicht zusagten. Zudem forderten sie den Geschädigten mehrfach und nachdrücklich auf, sich hinzulegen und »in den Bordstein zu beißen«. Noch am Tag der letztgenannten Tat wurde er festgenommen und ein Haftbefehl wurde beantragt, der am 20. April antragsgemäß erlassen wurde. Seitdem befindet sich R.W. wiederum in Untersuchungshaft. Am Dienstag dieser Woche wurde er wegen dieser Tat sowie zweier weiterer Körperverletzungen unter Einbeziehung der Vorverurteilung zu einer Einheitsjugendstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt.

Nach bisherigen Erkenntnissen zur Person von R.W. ist höchst fraglich, ob der Jugendstrafvollzug ihn »erzieherisch« zu rechtstreuem Verhalten bewegen kann, zumal er nach wie vor – auch aus der Haft heraus – Kontakte in rechte Kreise aufrecht erhält.

Lolita Lodenkämper ist Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin

Imbissbetriebe als Zielscheibe von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremer Gewalt

Beate Selders

In Brandenburg liegt der Ausländeranteil seit Jahren zwischen 1,5 und 2 Prozent. Die meisten Zugewanderten leben in Potsdam, Cottbus und Frankfurt. Asylbewerberinnen und -bewerber sind oft am Rand von Kreisstädten untergebracht. So bleiben nur noch verschwindend wenige, die sich auf die anderen Orte verteilen. In der Gemeinde Rheinsberg etwa waren 2004 von 5200 Einwohnerinnen und Einwohnern nur 31 ausländischer Herkunft. Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin hat einen Ausländeranteil von 0,7 Prozent. Das vietnamesische Bekleidungsgeschäft, der Asia- oder Dönerimbiss, die Pizzeria, das sind hier internationale Leuchttürme. Noch im kleinsten märkischen Städtchen bekommt man eine Chinapfanne, einen Döner oder einen Börek. Den Einheimischen schmecken die fremden Gerichte so gut wie die vertraute Currywurst, an die fremden Menschen wollen sich allerdings einige nicht gewöhnen.

In den letzten sechs Jahren gab es in Brandenburg 34 Brandanschläge auf ausländische Imbissbetriebe. Das ist eine Form von Gewalt, die große Schlagzeilen macht. Alltäglich sind kleine Meldungen von zerschlagenen Fensterscheiben, gesprühten Parolen und Hakenkreuzen oder Vandalismus.

Ein Brandanschlag ist in den meisten Fällen nicht die erste Gewalt, die die Opfer erleben, aber er ist, wie ein direkter körperlicher Angriff, eine Form der Gewalt, die unmittelbar die Existenz bedroht; besonders bei Imbisswagen, denn hier gibt es keine Entschädigung. Ein freistehender Wagen kann nach Meinung der Versicherungsgesellschaften nicht effektiv vor Einbruch oder Brandstiftung geschützt werden. Deshalb verkaufen sie dafür keine Policen. Trotzdem herrscht in der Bevölkerung das Vorurteil, »dass die ihre Buden selbst anzünden, wegen der Versicherungssumme«. Die Hartnäckigkeit solcher Vorurteile zeigt sich an dem Beispiel eines Betreibers, der mehrmals hintereinander Opfer von Brandanschlägen wurde. Er hatte beim ersten Mal mit Spenden den Betrieb wieder aufbauen können. Nach dem nächsten Anschlag

wurde er von einem Polizeibeamten gefragt, ob er selbst Feuer gelegt habe, um wieder an Spendengelder zu kommen. Ein anderes, weit verbreitetes Vorurteil ist die Annahme, ein Konkurrent habe gezündelt. Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Neuruppin, fast alle Brandstiftungen lagen in ihrer Zuständigkeit, gab es allerdings in keinem der angezeigten Fälle Anlass, in diese Richtung zu ermitteln.

Zur Beschädigung oder Zerstörung des Betriebes kommt der Verdienstaustausch, der auch Existenz bedrohend sein kann, insbesondere wenn die Aufenthaltsgenehmigung an das Einkommen gebunden ist und staatliche Unterstützung zur Überbrückung nicht in Anspruch genommen werden kann. Aber der vielleicht größte Schaden ist die fundamentale psychische Verunsicherung, die Bedrohung durch einen anonymen Feind oder, was unter Umständen noch schlimmer ist, die Ahnung, dass es die eigenen Gäste oder die Nachbarn waren, denen man ständig begegnet. Die Täter und, in Ausnahmefällen, die Täterinnen waren nämlich bisher in der Regel nicht die organisierten Neonazis wie die Gruppe Freikorps, eine Schülerkameradschaft mit Kassenwart, die in den letzten Jahren mit Brandanschlägen Schlagzeilen machte. Typisch waren vielmehr lose Cliques, die – aufgeputscht durch Alkohol und Nazi-Rock – spontan loszogen, um die Imbisse in der Nachbarschaft anzuzünden, bei denen sie vorher zu Gast gewesen waren.

Was liegt für einen Betreiber, der so etwas erlebt hat, näher, als den Ort zu verlassen und woanders sein Glück zu versuchen? Für einen Imbiss, auf den ein Brandanschlag verübt wurde, findet man aber keinen Käufer. Wenn es keine Unterstützung der Betroffenen durch die Kommunen und durch Bürgerinnen und Bürger gibt, ist die Situation der Opfer oft aussichtslos.

Brandanschläge sind nur die Spitze des Eisberges von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Im Zeitraum von Juli bis Oktober 2004 haben wir 29 Imbissbetreiberinnen und -betreiber nach ihren Erfahrungen befragt, immer mit der Übersetzung

durch Landsleute. Die Scheu, über negative Erfahrungen zu sprechen, war allgemein sehr groß, zum Teil aus Höflichkeit, man will Deutschen nichts Negatives über Deutsche sagen, zum Teil aus Angst vor neuem Ärger, oder es handelte sich dabei um Leugnung aus psychischem Selbstschutz. So sagten manche erst, sie hätten gar keine Probleme, alles sei bestens, aber sobald wir von den negativen Erfahrungen des Imbissbetreibers im Nachbarort erzählten, kamen Reaktionen wie: »Ja, ja, da ist es noch schlimmer.«

Die Hälfte der Befragten berichtete von alltäglichen Erfahrungen mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Das Spektrum reichte von Beleidigungen über die oben beschriebenen Zerstörungen bis hin zu tätlichen Angriffen. Das Verhältnis zwischen Kundschaft und Wirt bzw. Wirtin wurde oft als ambivalent bis angespannt beschrieben. In den kleineren Ortschaften gibt es oft keine Kneipe, geschweige denn ein Jugendzentrum, so trifft man sich beim »Türken« oder »Vietnamesen« zum Bier. Auch offensichtlich rechte Jugendliche sind dabei. Sie sind ein dauernde Bedrohung, aber nicht die einzige. Besonders unter Alkoholeinfluss entpuppt sich die Kundschaft oft als ausländerfeindlich.

Das heißt: Die Imbisse bieten eine sozial wichtige Dienstleistung an, die Betreiberinnen und Betreiber haben aber als Fremde eine sehr schwache soziale Position, noch dazu mit einer Herkunft aus Ländern, die viele Einheimische in der einen oder anderen Form für minderwertig halten. Konflikte, wie sie in Kneipen üblich sind, bekommen, so wurde uns vielfach berichtet, vor diesem Hintergrund eine rassistische Form. Der Wirt, der kein Bier mehr ausschenkt, weil der Gast schon betrunken ist, oder der Leute rausschmeißt, die andere oder ihn selbst anpöbeln, sieht sich plötzlich als »Kana-cke« beschimpft und bedroht. Immer wieder wurde davon berichtet, dass auf Auseinandersetzungen mit Gästen, die auch für einheimische Wirtsleute normal sind, Racheakte folgten: Sprühereien, zer-schlagene Fensterscheiben oder Verwüstungen, so wie unlängst in einer Pizzeria im Landkreis Prignitz. Einbrecher drehten nachts alle Wasserhähne auf, beschmierten die Wände mit Hakenkreuzen und zerstörten das Mobiliar. Kurz davor hatte der Wirt einer Gruppe von Gästen, die nicht zahlen wollte, mit einer Anzeige gedroht.

In unseren Recherchen haben wir Berichte von

Einbrüchen, bei denen nichts gestohlen, sondern nur zerstört wurde, die Wände mit Ketchup beschmiert, Lebensmittel auf die Straße geworfen usw., ausschließlich in Zusammenhang mit Döner- oder Asia-Imbissen bzw. ausländischen Restaurants gefunden. In allen Fällen, in denen von solchen Racheakten berichtet wurde, hatten die Befragten nicht den Eindruck, dass ihnen zum Beispiel der Rauswurf übel genommen wurde, sondern die Tatsache, dass sie als Ausländer einen Deutschen rauswarfen. Kurz gefasst: »Der Türke« darf Döner verkaufen, aber er hat in Deutschland kein Hausrecht. Die Möglichkeit, Ausländerinnen und Ausländern gegenüber allgemeine Verhaltensnormen nicht gelten zu lassen, vermittelt sich atmosphärisch. Zur Gewalt neigende Cliques und der Durchschnitts-Stammtisch liegen nicht weit auseinander, die Texte rechtsextremer Musikgruppen bestehen zum großen Teil aus radikalisierten Stammtischparolen. Etwas moderater formuliert, sind die Inhalte durchaus weit verbreitet.

Gründet sich die Schwäche der sozialen Position auf Ausländerfeindlichkeit, so ist sie durch Leistung nicht zu stärken. Sein Mercedes bringe ihm nicht Respekt ein, berichtete uns ein wirtschaftlich sehr erfolgreicher türkischer Imbissbetreiber, sondern sei Anlass für Gerüchte über Drogenhandel. Ein anderer fasste seine Erfahrungen so zusammen: »Wir haben immer Schuld. Arbeitest du, bist du Schuld, arbeitest du nicht, bist du auch Schuld.« Dass die oft täglich erfahrene Verweigerung der sozialen Anerkennung in Gewalt umschlagen kann, stellt für die Betroffenen einen stark belastenden Dauerstress dar. Die Umgangsweisen damit sind sehr unterschiedlich, und die Befragungen ergeben das Bild einer kreativen Vielfalt von Strategien.

Ein gutes Beispiel für die Hartnäckigkeit, mit der sich manche trotz massiver Angriffe über Jahre behaupten, ist Herr A. Er berichtete uns, dass er zunächst im Westen Brandenburgs einen Imbisswagen gehabt habe. Dort sei nie etwas passiert, was er darauf zurückführte, dass auf dem gleichen Gelände Jugendliche wohnten, die bekannt dafür gewesen seien, dass sie sich gegen rechte Cliques zur Wehr setzen und für den Imbiss wie eine Art Schutzmacht gewirkt hätten. Herr A. hatte allerdings privat dauernd Ärger, der darin gipfelte, dass er und seine deutsche Freundin in einer

Diskotheek von Neonazis zusammengeschlagen wurden. Er zog dann in eine Stadt im Norden Brandenburgs und eröffnete dort einen Imbiss am Bahnhof. Dort wurde er nach einem Konflikt mit einem rechten Kunden von dessen Clique so massiv bedroht, dass er sich in seinem Imbiss-Container verschanzen und auf Polizeischutz warten musste. Dann folgte der erste Brandanschlag. Durch Gespräche gelang es ihm, denjenigen, den er für den Hauptverantwortlichen hielt, in ein persönliches Verhältnis einzubinden. Er hatte dann Schutz vor der restlichen Clique. Später eröffnete er in der Innenstadt ein Imbiss-Bistro. Auf das Bistro wurde wiederum von einer anderen Clique ein Brandanschlag verübt, der aber keinen materiellen Schaden anrichtete. Herr A. hatte einheimische Freunde und die Solidarität der Stadtoberen. Das war für ihn entscheidend. Auf der Straße türkisch zu sprechen könne allerdings gefährlich sein, berichtete uns sein Angestellter, der deswegen schon mit einem Messer bedroht und von einem Auto verfolgt worden war. Herr A. lebt inzwischen wieder in der Türkei, sein Angestellter hat sich in Niedersachsen selbständig gemacht.

Manche Imbissbetreiberinnen und -betreiber verschaffen sich Ruhe, indem sie potenziell feindlich eingestellter Kundschaft Getränke ausgeben, den Döner nicht berechnen oder anschreiben. Das bekommt den Charakter von Schutzgeld, wenn

das Nicht-Bezahlen regelrecht durch Drohungen erpresst wird. Ein Betreiber hatte aus diesem Grund Außenstände von bis zu 400 Euro monatlich; für einen solchen Betrieb eine große Summe. Anderen, die Probleme mit rechten Cliquen haben, gelingt es, sich durch handgreifliche Gegenwehr Respekt und Ruhe zu verschaffen. Das ist aber nur in Orten möglich, in denen es vergleichsweise viele Landsleute gibt, die zusammen ein soziales Gewicht bilden können. Diese Tatsache oder die »Schutzmacht«, von der Herr A. berichtete, zeigen, dass eine isolierte, schwache soziale Position fremdenfeindliche und rechtsextreme Gewalt begünstigt.

Im Kampf gegen rassistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit stehen oft die potenziellen Täter im Mittelpunkt. Mindestens genauso wichtig ist die Stärkung der sozialen Position der potenziellen Opfer, zum Beispiel indem sie als Mitbürgerinnen und -mitbürger und Geschäftsleute aktiv in Vereine, Treffen von Gewerbetreibenden usw. integriert werden. Zutraglich wäre auch die Veränderung des aktuellen politischen Diskurses, in dem Zugewanderte fast ausschließlich als Problem oder Bedrohung und nicht als erwünschte Bereicherung oder selbstverständlicher Bestandteil der Gesellschaft auftauchen.

Beate Selders ist Journalistin und Soziologin

Störende Faktoren – Für demokratische Partizipation im ländlichen Raum

Wolfram Hülsemann

Ich bin mir unsicher, ob das, was an Besonderheiten für den ländlichen Raum zu beschreiben ist, als Störung bezeichnet werden sollte. Wir haben das Problem, dass die Situation und die Perspektiven des ländlichen Raums häufig von der Stadt, aus einer urban geprägten Sicht, wahrgenommen und veröffentlicht werden. Um dem Prinzip unserer Arbeit, »Hilfe zur Selbsthilfe«, gerecht werden zu können, haben auch wir als Beraterinnen und Berater erst verstehen müssen, dass die »Uhr im Dorfe anders tickt«, wie es meine Kolleginnen und Kollegen manchmal formulieren. Wir mussten lernen, dass das Dorf etwas anderes ist als die Stadt, etwas anderes als ein »Siedlungsgebiet«, dass es vielmehr ein gewachsener, mit vielfältigen Brüchen existierender Raum ist. Demografie, Strukturwandel und Abwanderung sind Stichworte, die uns allen in diesen Zusammenhängen längst vertraut geworden sind.

Dass Dörfer die Fragen der eigenen Identität anders beantworten als urbane Gebilde, ist uns allen bekannt. So werden Kommunikation und Kooperationsverhalten immer auch unter dem Gesichtspunkt allgemeiner sozialer Kontrolle gestaltet. Menschen in Dörfern sind leichter auf Eigenverantwortung anzusprechen. Das ist vorteilhaft, zugleich aber sind bei einer Überbetonung des »Eigenen« nachteilige Abschottungsbedürfnisse zu beschreiben. Zugehörigkeit und Weltoffenheit, letzteres eigentlich ein Fremdwort im Dorf, stehen hier in besonderer Spannung.

Wir halten es für sinnvoll, Struktur verändernde Entscheidungen und Prozesse unter diesen Gesichtspunkten kritisch zu beleuchten. Ich denke etwa an die Gemeindegebietsreform, die Dörfer den nächst größeren Städten zugeschlagen hat. Dass dabei die soziokulturellen Differenzen zwischen Stadt und Land nicht angemessen berücksichtigt wurden, kann man hier in Rheinsberg beispielhaft ablesen. Die Menschen in den Dörfern fühlen sich tendenziell fremdbestimmt, ihrer Identität beraubt und entmündigt. Sie reagieren oftmals mit Desinteresse und Verweigerung, was die Be-

teiligung an der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens angeht. Ihrem Ärger machen sie dann bei Themen Luft, die für die Entwicklung neuer Perspektiven wichtig sind. Ich kann die Politik auf allen Ebenen deshalb nur ermuntern, soziokulturelle Fragestellungen bei der Entwicklung von Konzepten für notwendige gravierende Veränderungen stärker mit einzubeziehen.

Das demokratische Gemeinwesen braucht das Offenlegen unterschiedlicher Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger. Demokratie lebt vom Diskurs und der Suche nach vertretbaren Kompromissen. Das ist, nicht nur in Dörfern, eine schwierige Sache! Hier aber konkurriert dieses demokratische »essential« mit einem Sozialverhalten, das immer auch das dörfliche Leben gestützt hat: die so genannte soziale Kontrolle. Was gut und richtig ist, was hier gelten soll, bestimmen Mehrheitsmeinung und Meinungsführer. Dadurch wird zwar meist ein angemessenes Sozialverhalten gesichert. Wenn aber die Mehrheitsmeinung demokratischen Grundwerten indifferent oder ablehnend gegenüber steht, ist ein öffentlicher Diskurs kaum zu befördern. Das beste Beispiel aus jüngster Zeit sind die Vorgänge um die Kameradschaft Freikorps im Havelland, eine Gruppe junger Leute, die Imbissstände anzündete und Menschenleben in Gefahr brachte. Es kann als gesichert gelten, dass verbreitete Resentiments gegenüber Menschen nichtdeutscher Herkunft und die beschriebene soziale Kontrolle maßgeblich dazu beitrugen, dass niemand dort die Vorgänge öffentlich thematisierte.

Es wäre gut, und dem gilt unser Bemühen, gegenüber wertindifferenter sozialer Kontrolle die demokratische Achtsamkeit unter Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. Auf den ländlichen Raum zugeschnittene demokratische Beteiligungsprojekte, etwa in der Form von Zukunftskonferenzen und Zukunftswerkstätten, können eine demokratische Diskurskultur befördern und Wertschätzung vermitteln, wo immer stärker das Gefühl des »Abgehängt sein« zu spüren ist.

Das Dorf bietet die Chance, sich leichter zu verab-

reden, um etwas für das Gemeinsame zu bewerkstelligen. Vereine und Kirchengemeinden sind oft die Orte, an denen im Dorf und in der kleinen Stadt das Gemeinsame gelebt wird. Ich mache gern darauf aufmerksam, dass wir, anders als in der Stadt, nicht immer von außen neue Plattformen gegen Rechtsextremismus und Rassismus initiieren müssen. Wir suchen stattdessen Wege mit diesen Zusammenschlüssen, damit sie sich selbst mit den anstehenden Fragen auseinander setzen lernen. Das ist, so die Erfahrung, ein meist mühsamer Weg, aber häufig einer mit nachhaltigen Ergebnissen. Zudem haben wir den Vorteil, dass wir an der Basis Menschen erreichen und dafür zugleich von den Dachorganisationen Unterstützung erfahren. Ich denke dabei etwa an den Verband der Freiwilligen Feuerwehr, den Fußballverband, die Johanniter, die Evangelische Landeskirche und viele andere mehr.

Abschließend will ich betonen, dass bei all diesen Fragestellungen darauf zu achten ist, dass rassistische Einstellungen und der Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen sozialen Gestalten nicht erst seit 1990 zu beschreiben sind. Jenseits des »verordneten Antifaschismus« gab es in der DDR Überzeugungen und geschichtsrevisionistische Erzählweisen über die Nazizeit, die weitgehend unveröffentlicht blieben. Den meisten von Ihnen ist bekannt, dass sich in den Städten sogar eine manifeste rechtsextreme Jugendkultur ausbilden konnte. Ich weiß das aus eigener Erfahrung, weil ich an zwei Prozessen gegen solche Gruppen in Berlin habe teilnehmen können. In den dörflichen Familien wurde nach meinen Erfahrungen nur im geschützten Raum positiv über die Nazizeit be-

richtet, wobei eigene Erfahrungen, etwa aus der Hitlerjugend, und Kriegserlebnisse den Ausgangspunkt bildeten. Häufig wurde der Kriegsausgang als widrigen Umständen geschuldet beschrieben. Das öffentlich zu thematisieren, sich in den Generationen damit auseinander zu setzen, war aus bekannten Gründen zu DDR-Zeiten tabuisiert. Eine Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus fand nicht statt. Jeder wusste zwar von den mehr als sechs Millionen ermordeten Juden, was das aber eigentlich für Leute waren, wusste niemand zu sagen. Ich habe entsprechende Haltungen und Auseinandersetzungen dazu in Dörfern schon vor vielen Jahren erlebt. Es ist vor diesem Hintergrund zu sehen, dass heute in Brandenburger Dörfern unwidersprochen Kriegerdenkmäler aus der Zeit nach 1918 zu Heldengedenkstätten umgestaltet werden, die auch den Gefallenen des Zweiten Weltkrieges gewidmet sind. Geschichtswerkstätten und sozialgeschichtlich angelegte Projekte könnten spannende Auseinandersetzungen in unseren Dörfern befördern. Bis auf eine Geschichtswerkstatt konnten wir in den vergangenen Jahren leider kein weiteres Projekt initiieren.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dem Dorf, den ländlichen Räumen. Wir sind der Überzeugung, dass deren Entwicklung auch wesentlich die städtischen Bereiche beeinflusst – so oder so. Wir können beschreiben, dass sich die Kameradschaften und die NPD diese Erkenntnis längst zu Eigen gemacht haben und der organisierte Rechtsextremismus seine Strategien darauf langfristig abstimmt.

Wolfram Hülsemann ist Leiter des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung Demos

Radikale Rechte in kleinstädtischen Räumen

– Ein Stadtpaziergang in Wittstock

Thomas Bürk-Matsunami

Wittstock ist, wie viele andere Städte in den neuen Bundesländern, eine schrumpfende Stadt. Seit 1989 hat sie etwa ein Drittel seiner EinwohnerInnen verloren. Die Stadt kämpft gegen die nahezu hoffnungslosen Bedingungen ökonomischer Deprivation und demografischer wie infrastruktureller Schrumpfung. Die DDR-Wirtschaftspolitik schuf im Rahmen ihres Konzeptes der »dezentralen Konzentration« auch in ländlichen Räumen Zentren industrieller Massenproduktion. Doch war Wittstock nicht erst seit DDR-Zeiten ein Standort von Fabriken und Werkstätten.

Die Stadt hat eine lange Geschichte als Produktionsort von Stoffen und Garnen, mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Herstellung von Militärtuch. Der Höhepunkt der Tuchproduktion erfolgte während der Kriege Preußens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, an dessen Ende die Stadt zwölf Tuchfabriken zählte, von denen nach den Modernisierungs- und Konzentrationsprozessen zu Beginn des 20. Jahrhunderts lediglich eine erhalten blieb. Im Ersten Weltkrieg konnte die Wittstocker Tuchfabrikation die Nachfrage nach Uniformen kaum befriedigen. In der Zeit der NS-Kriegswirtschaft kam es zu keiner Intensivierung der Wittstocker Stoffherstellung – warum, das wäre noch zu untersuchen. Im Jahr 1945 wurden die Maschinen der verbliebenen Anlagen demontiert und als Reparationsleistungen in die damalige Sowjetunion transportiert. In den ersten Jahren der DDR wurde ein Werk für die Herstellung von Küchenmöbeln eingerichtet und der VEB Tuchfabrik Wittstock gegründet. Ab 1966 wurde der Obertrikotagenbetrieb OTB aufgebaut. In den späten 1980er Jahren arbeiteten in den drei Betrieben insgesamt über 5500 Menschen.

Als in den frühen 1990er Jahren alle drei Industriebetriebe ihre Produktion einstellten, war ein schlagartiger Zusammenbruch des neu entstandenen Arbeitsmarktes die Folge. Eine Abwanderung junger, qualifizierter und flexiblierter BewohnerInnen, ein überproportionaler Anteil davon Frauen, war in den 1990er Jahren zu beobachten.

Diese Abwanderungsprozesse sind nicht nur bevölkerungsstatistisch relevant, auch infrastrukturelle Veränderungen, der zunehmende Wohnungsleerstand und eine Unterauslastung von technischen und sozialen Einrichtungen, sind ein unmittelbarer Ausdruck der einsetzenden Krise der Stadt. Zunehmend stehen die Versorgung alter Menschen, der öffentliche Nahverkehr sowie Bildungsangebote und soziale Beratung von Kindern und Erwachsenen zur Disposition. Folglich haben Schulschließungen und der Verlust von Schwimmbädern, Bibliotheken und Jugendclubs auf die BewohnerInnen nicht nur Effekte einer sozialen Ungleichheit im Vergleich zu besser ausgestatteten Kommunen, sondern wirken umfassend deprimierend auf jene, die zurück gebliebenen sind.

Den in Sachen Rechtsradikalismus und dessen Phänomenologien gebildeten Beobachtenden stellt sich die städtische Szenerie – besonders an einem warmen Sommertag – dar wie bei einem Ausflug in einen »Themenpark Rechtsradikalismus«. Vor den Besuchenden entfalten sich, beispielsweise am Marktplatz oder vor einer als notorisch rechtem Treffpunkt bekannten Elf-Tankstelle, ein Tableau rechtsradikaler Modestile und Erscheinungsbilder, die nicht auf »dresscodes« von Jugendlichen beschränkt sind, sondern auch Erwachsene einschließen. Zu beobachten sind mittlerweile in die Jahre gekommene Familienväter einer ersten Generation Rechtsradikaler, die noch den Schwung der ersten Mobilisierungen in den frühen 1990er Jahren miterlebt haben, und die ihre Kinder etwa im Dress »Walhalla for Kids« ausführen. Die jungen Erwachsenen stellen so etwas wie eine zweite Generation dar. Sie waren die Aktivisten der Welle neonazistischer Demonstrationen und Übergriffe in den Jahren 2001 und 2002. Den Nachwuchs bildet eine dritten Generation von 13- bis 16-Jährigen, die vor allem an den Schulen für Kopfzerbrechen sorgen und am deutlichsten den städtischen öffentlichen Raum für ihre Selbstdarstellung nutzen. Diese nicht nur in Wittstock anzutreffenden drei Generationen rechtsradikaler Aktivisten und Mitläufer

belegen die Notwendigkeit, Rechtsradikalismus und Neonazismus als neue soziale Bewegung, besonders – aber nicht allein – in den Neuen Bundesländern zu interpretieren. Die Behandlung des Problems als allein jugendkulturelle und jugenddeviante Erscheinung geht an den Ursachen vorbei. Sie kann die lokale soziale Verankerung und die Normalität neo-nationalsozialistischer Einstellungen und Handlungen nicht erklären. Im Laufe der letzten 15 Jahre hat sich in Städten wie Wittstock ein differenziertes Netz rechtsradikaler BürgerInnen unterschiedlichen Alters etabliert, die über Kader-orientierte Parteistrukturen, »Freie Kameradschaften« und jugendliche Cliques herausreichen.

Erst seit wenigen Jahren wird, vor allem seit der Gründung eines Aktionsbündnisses, der kulturellen Hegemonie rechtsradikaler Positionen in Wittstock entgegen getreten. Neue Konzepte in der Jugendarbeit, eine entschiedene Repression durch die lokale Polizei und Sondereinsatzgruppen wie der MEGA und TOMEK sowie die überregionale Kommunikations- und Vernetzungsversuche haben die ersten Ansätze einer zivilgesellschaftlichen Struktur in der Stadt gestärkt.

Im öffentlichen Raum in Wittstock fällt die Abwesenheit von dunkelhäutigen Menschen, von türkisch- oder arabischenstämmigen MigrantInnen auf. Es fehlen auch die bunten Jugendlichen oder KünstlerInnen, insgesamt eben jene Vielfalt an unterschiedlichen Sprachen und Erscheinungsbildern, die heutzutage viele, auch kleinere Städte als urbane Landschaften charakterisieren. Dies ist zum einen dem nahezu zum Erliegen gekommenen Zuzug von NeubürgerInnen geschuldet. Zum anderen versuchen die wenigen MigrantInnen, nach Ablauf der Residenzpflicht bzw. des vorgegebenen zwei- bis drei-jährigen Wohnbelegungszeitraumes für russische Übersiedler, die Region zu verlassen.

Die vorherrschende Fremdenfeindlichkeit ist somit eine ohne Fremde. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zur Ablehnung von MigrantInnen und Flüchtlingen in Westdeutschland. Dort können sich die sozial Diskriminierten zumindest in Interessengruppen zusammenschließen oder über ihre Anwesenheit das lokale Kräfteverhältnis und das gesamte Bild einer als homogen vorgestellten Gesellschaft durchbrechen. Anders ist dies in den

meisten ostdeutschen Städten, die im Durchschnitt einen so genannten Ausländeranteil von unter einem Prozent der Bevölkerung aufweisen. Diese Abwesenheit von MigrantInnen reproduziert einen öffentlichen Raum, der als Territorium xenophober Rechter angesehen werden muss. Ein Infragestellen dieser Vorherrschaft, durch körperliche Anwesenheit, Sichtbarkeit oder verbale Bekundungen, wird mehr oder weniger gewaltförmig sanktioniert. Es ist also von einer Verteidigungsposition eines angenommenen Status Quo nationaler und völkischer Vorstellungen auszugehen, und nicht von dem Szenario einer Eroberungsstrategie sogenannter National befreiter Zonen oder anderer Befreiungsterritorialitäten.

Die schrumpfende Stadt Wittstock verliert mit jedem Übergriff auf nicht-rechte Jugendliche, auf MigrantInnen oder andere lokale Außenseiter ihre Attraktivität und damit eine entscheidende Voraussetzung für die einzige wirtschaftliche Entwicklungsoption, die derzeit diskutiert wird: den Tourismus. Denn neben symbolischen Gesten und einem freundlichen, offenen Begegnen den ortsfremden BesucherInnen gegenüber fehlt der Stadt eine entspannte Atmosphäre. Unter der pittoresken Oberfläche einer rekonstruierten mittelalterlichen Ackerbürgerstadt und späteren Industriestadt sind die sozialen Verwerfungen und emotionalen Spannungen einer Stadtkultur der Fremdenfeindlichkeit zu spüren.

Der Journalist Klaus Hartung beschrieb die nach der Wiedervereinigung rekonstruierten, oftmals mittelalterlichen Stadtkerne Ostdeutschlands als eine »Wiederkehr der historischen Stadt als Geschichtslandschaft« und prägte dafür den Begriff der »Förderkulissen«. Es sei eine »Piazza-Epidemie« durch die Städte des Ostens gezogen, die zwar auch lebenswerte Orte geschaffen habe. Nur seien diese menschenleer, und damit in einer »Urbanität um ihrer selbst willen« gefangen; also Form ohne Inhalt, reine Kulisse eben. In dieser »Spannung zwischen Perfektion und Verlassenheit« erschienen Hartung die renovierten Häuser wie eine »versteinerte Erwartung« auf die Zukunft.

Ähnliche Gedanken können einen bei der Betrachtung des Wittstocker Marktplatzes überkommen: ein Platz mit Fassaden von Stadthäusern, Ladengeschäften, Cafés und Bankfilialen, dem imposant-altertümlichen Rathausensemble, umgeben von

Lindenbäumen und Sitzecken. Dabei handelt es sich bei der gestalteten Form des Platzes um das Resultat langjähriger Planungen und Bautätigkeiten, die weit in die Jahre der DDR zurück reichen. Bereits 1938 war der Platz asphaltiert worden, im Krieg ging das Markttreiben zunehmend zurück. In den ersten Jahrzehnten der DDR wurde der heutige Marktplatz als Parkplatz genutzt. Erste Pläne für die Umgestaltung datieren auf die späten 1960er Jahre, als unter dem Stichwort »Fußgängerzone« verschiedene Umgestaltungsvarianten diskutiert wurden. Ab 1984 wurde einer der Entwürfe umgesetzt, 1986 wurden die Bauarbeiten mit einem Festakt abgeschlossen.

Der Wittstocker Markt ist heute tatsächlich ein Handelsplatz mit einem zwei Mal wöchentlich stattfindenden Verkauf von Lebensmitteln und Kleidung. Anders als in den zunehmend fragmentierten Wohngebieten scheint sich hier ein zentraler Ort für die Aushandlung städtischer Öffentlichkeit gefunden zu haben. Diese ist hier vor allem von der Austragung jugendkultureller Territorialisierungskämpfe gekennzeichnet. Der Platz ist fast das ganze Jahr – soweit es das Wetter zulässt

– der Präsenzraum einer dominant auftretenden Gruppe rechts orientierter, zumeist männlicher Jugendlicher. Die nicht zu dieser Gruppe gehörigen Jugendlichen, wie etwa den wenigen alternativ orientierten SchülerInnen, können sich auf dem Marktplatz nicht ohne Konfrontation aufhalten. PassantInnen oder AnwohnerInnen scheinen sich an dieser alltäglichen Territorialisierungspraxis nicht zu stören. Versuche, in Auseinandersetzungen einzugreifen, wurden mehrfach mit massiven Einschüchterungen beantwortet. Der öffentliche Kommunikations- und Verhandlungsort stadtkultureller Dynamik wäre somit einerseits lokal vorhanden, wird aber weder von den weniger massiv auftretenden Jugendlichen noch von den PassantInnen oder EinwohnerInnen aktiv eingefordert. Als Grund dieser Passivität und Toleranz rechtsradikaler Platzhirsch-Politik gegenüber wird, je nach Perspektive der Befragten, deren Anwesenheitsrecht betont (»die stören doch keinen«) oder aber Konfliktvermeidung aufgrund von Einschüchterung angegeben.

Thomas Bürk-Matsunami ist Sozialgeograf

Das Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung

Gisela Guskowsky-Bork

Sehr verehrte Damen und Herren,
es ist ziemlich aufregend, als Vertreterin eines kleinen Bürgerbündnisses – wir sind nur 10,12, höchstens 15 Personen – der »großen Politik« gegenüber zu stehen. Das Wesen unseres Bündnisses erklärt sich vielleicht am besten aus seiner Geschichte. In den 1990er Jahren, als die Anschläge in Hoyerswerda und Rostock in aller Munde waren, wähnte man sich hier in Wittstock noch in Sicherheit. Das Schreckliche schien weit weg zu sein und uns nicht zu betreffen. Hatte tatsächlich niemand bemerkt, dass Glatzen und Springerstiefel bereits das Straßenbild unserer Stadt bestimmten? Das blieb so, bis 1999 der erste Dönerladen brannte. Das ganze Haus wurde zerstört, Menschen kamen dabei Gott sei dank nicht ums Leben. Schüler organisierten damals spontan eine Kerzendemo. Danach wurde es schnell wieder relativ ruhig in Wittstock.

2001 hob die Polizei das Projekt »Bekämpfung der Jugendgewalt« aus der Taufe, an dem die Stadt, das Jugendamt, das Schulamt und freie Träger mitwirkten. Diese Arbeitsgruppe wurde bald in »Initiative Couragiert gegen Rechts« umbenannt, weil deutlich geworden war, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus eine herausragende Bedeutung erlangt hatte. In dieser Zeit kam Herr Lohmann als neuer Superintendent nach Wittstock. Wenn die Rechten marschierten, hielt er zeitgleich Andacht in der Kirche. Neben den Naziaufmärschen erlebten wir viel Fremdenfeindlichkeit in der Stadt. Immer wieder gab es Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Spätaussiedlern; mehrfach wurden den vietnamesischen und türkischen Imbissbetreibern die Scheiben eingeschlagen. Ich persönlich war betroffen, als mein Sohn wegen seiner dunklen Hautfarbe gejagt wurde.

Superintendent Lohmann organisierte mit einer kleinen Vorbereitungsgruppe im Dezember 2001 die erste und bisher größte Demonstration gegen rechte Gewalt, bei der Ministerpräsident Stolpe und Bischof Huber auftraten und an der über tausend Menschen teilnahmen. Nach diesem für Wittstock großen Ereignis schlossen sich die beiden

Arbeitsgruppen zusammen, um gemeinsam effektiver arbeiten zu können. Herr Lohmann und Herr Benedikt, der Leiter der Polizeiwache, sowie Herr Engel, der Standortkommandant der Bundeswehr, waren die treibenden Kräfte des neuen Aktionsbündnisses. Es wurden Diskussionsrunden und Workshops, Rock gegen Rechts-Konzerte und sogar eine Theateraufführung organisiert. Von Anfang an wurden wir von Mitarbeitern des Mobilien Beratungsteams mit Rat und Tat unterstützt.

Kaum ein halbes Jahr später brach im Frühjahr 2002 die nächste Katastrophe über uns herein: Ein junger Aussiedler wurde erschlagen. Das Entsetzen war groß, es gab Kundgebungen und heftige Diskussionen in allen Bereichen. Der betroffenen Familie standen währenddessen besonders die Mitarbeiter der Opferperspektive zur Seite. Wenig später ereignete sich der Brandanschlag auf die Todesmarsch-Gedenkstätte im Belower Wald. Das Museum brannte völlig aus. Die Nazis hinterließen deutliche Markenzeichen. Das Aktionsbündnis reagierte wieder mit Kundgebungen und Zeitungsartikeln. Leider ist der Anschlag noch immer nicht aufgeklärt.

Die Nazidemonstrationen hörten nicht auf. Im August 2003 hatte das Aktionsbündnis erstmals zu einer Gegendemonstration aufgerufen, die am selben Tag wie der Rudolf Heß-Aufmarsch stattfinden sollte. Das wurde ein glatter Reinfall. Die Rechten konnten ihre Stärke unbehelligt zeigen. Wir hatten noch viel zu lernen. 2004 sah es zum Glück schon anders aus. Wir haben viel gearbeitet und es geschafft, eine Gegendemonstration auf die Beine zu stellen. Danach hatten wir den Eindruck, die Rechtsextremisten wären nicht mehr ganz so selbstbewusst. Vielleicht waren auch wir etwas sicherer und zuversichtlicher geworden.

Jetzt – nach den Wahlergebnissen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – fühlt sich das allerdings schon wieder ganz anders an. Immer wieder und immer noch stehen wir vor denselben Aufgaben: Information, Aufklärung, Vermittlung von positiven

Gisela Guskowsky-Bork

Erfahrungen mit der Demokratie; Parteinahme und Hilfe für Opfer rechtsextremer Gewalt; Schaffung von alternativen Angeboten in der Region.

Neben der Stadt, der Polizei und den Kirchen sind das Mobile Beratungsteam und die Opferperspektive dabei unsere wichtigsten Verbündeten. Nicht zuletzt sind wir sehr glücklich darüber, dass wir – noch – eine Netzwerkstelle in Wittstock haben, die besonders Jugendliche in geeigneter Weise unterstützt, unter anderem indem sie Kontakte mit Stadtverordneten und Gewerbetreibenden vermittelt. Bei allem ehrenamtlichen Engagement könnten wir das, was die Kollegen dort aufgebaut haben und täglich leisten, nicht ansatzweise weiterführen. Innerhalb unseres Bündnisses sind wir in den Jahren zusammengerückt. Jeder, der mitmacht, hat seine ganz persönlichen Gründe. Wir haben gelernt, unsere Rolle deutlicher wahrzunehmen. Auf einer Klausurtagung mit dem Mobilen Beratungsteam in diesem Jahr haben wir deshalb auch unseren Namen geändert. Wir heißen jetzt »Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung«.

Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit.

Gisela Guskowsky-Bork ist Mitglied des Bürgerbündnisses gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung

Märkische Allgemeine 1.10.2006

Neonazis ignorieren Vereinsverbot

Wachsendes Selbstbewusstsein
rechtsextremer Straftäter bereitet Sorgen

Frank Schauka

NEURUPPIN Die rechtsextreme Szene im nordwestlichen Brandenburg ignoriert offensichtlich das im Juli 2006 vom Innenministerium verfügte Verbot der neonazistischen Kameradschaft »Schutzbund Deutschland«. In einem Nachfolgegebilde namens »Bewegung Neues Deutschland« sei »derselbe Personenkreis« aktiv wie im verbotenen Schutzbund, teilte Nicola Scuteri vom Mobilien Beratungsteam auf einer Fachtagung der Opferperspektive mit. Flugblätter, mit denen die »Bewegung Neues Deutschland« Rassismus und Antisemitismus verbreite, seien einem ehemaligen Schutzbund-Aktivisten, einem Jurastudenten, zuzuordnen.

Der Verein Opferperspektive, der Leidtragende rechtsextremer Gewalt betreut, hatte Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie Experten am vorigen Freitag nach Neuruppin, Rheinsberg und Wittstock eingeladen. Dort verübte rechtsextreme Gewalttaten hatten in den vergangenen Jahren Brandenburg immer wieder bundesweit in Verruf gebracht. Bei der Konferenz beschrieben Experten die mal offensichtliche, mal unterschwellige Durchsetzung des Alltags in vielen Kommunen mit rechtsextremen Ausdrucksformen.

Neben die Diffamierung alles Nichtdeutschen ist auch eine Strategie der Freundlichkeit und Nachbarschaftshilfe getreten. Rechtsextremisten arbeiten laut Scuteri zielgerichtet daran, in ihrem Wohnumfeld »als eher hilfsbereite, fleißige und höfliche Zeitgenossen« zu gelten. So biete ein Neonazi Hausaufgabenhilfe an, ein anderer lade Jugendliche zum Lagerfeuer ein. Auch über den Drahtzieher des »Schutzbund Deutschland«, Mario Schulz aus Cumlosen in der Prignitz, sei in seinem Heimatort »nichts Schlechtes« zu vernennen. Bereitwillig leihe Schulz Landwirtschafts-

geräte aus. Der Ex-Landeschef der NPD hatte die Partei verlassen, weil sie ihm nicht nationalistisch genug erschien. Insbesondere auf die rechtsextreme Szene in Wittstock hat Schulz offenkundig seit Jahren starken Einfluss ausgeübt. Der Neonazi sei von 2001 bis 2004 Initiator von 14 rechtsextremen Aufzügen in der Stadt an der Dosse gewesen, berichtete Polizeidirektor Dieter Kahler, Leiter des Schutzbereichs Ostprignitz-Ruppin. Mit 38 Personen ist die rechtsextreme Szene in Wittstock etwa doppelt so stark wie in Rheinsberg mit 20 Personen. Zudem gebe es im Gegensatz zu Rheinsberg in Wittstock einen harten Kern organisierter Neonazis. Sieben der 14 aus dieser Gruppe verbüßen derzeit Haftstrafen. Die Polizei kennt in Wittstock vier rechtsextreme Jugendcliquen.

Trotz geringerer Strukturierung erscheinen der Polizei die Neonazis in Rheinsberg nicht harmloser. Angetrieben von allgemeinem Rassismus verfolgen sie laut Kahler das Ziel, Ausländer aus der für ihre Sommerkonzerte bekannten Kleinstadt zu vertreiben. Allein in diesem Jahr verübten Neonazis mehrere Brandanschläge auf Imbisse ausländischer Betreiber in Rheinsberg.

Sorge bereitet nach Einschätzung des Leiters der Staatsanwaltschaft Neuruppin, Gerd Schnittcher, ein sich andeutendes größeres Selbstbewusstsein rechtsextremer Straftäter. Sie verübten Gewalttaten vielfach nicht mehr spontan und unter Alkoholeinfluss, sondern »stocknüchtern« und geplant. Dabei brüsteten sich die Täter mit ihrer rechtsextremen Haltung als Tatmotiv. Eine langfristige Problemlösung ist aus Sicht der Experten am ehesten über zivilgesellschaftliches Engagement möglich, wie in Wittstock, wo sich Bürger couragiert Neonazis entgegenstellen.

Berliner Zeitung, 4.10.2006

Alltag in Wittstock

40 Politiker fahren durch Nordbrandenburg, um sich über Rechtsextremismus zu informieren

Jens Blankennagel

WITTSTOCK. Das Wetter über der hübschen Stadt zeigt sich von der besten Seite. Manche Bewohner nicht. Mitten im nordbrandenburgischen Wittstock befindet sich ein Klamottenladen. Auf den ersten Blick nichts besonderes: nur zwei Schaufenster. Einen Namen hat der Laden nicht, aber eine klare Botschaft. Über den Schaufenstern und der Tür stehen die Worte, die alles sagen: Thor Steinar, Hate Hate und Nordmann. Es sind Markennamen, bei denen die Anhänger der rechtsextremen Szene glänzende Augen bekommen. In solchen Läden kaufen sie sich ihre Freizeituniformen, oft mit Losungen und Symbolen, die bewusst die Grenzen des Rechtsstaates ausloten.

Im Laden ist nichts los, dafür davor. Vierzig Abgeordnete aus dem Landtag und dem Bundestag – unter ihnen Grünen-Chefin Claudia Roth und Klaus Uwe Benneter von der SPD – sind der Einladung des Brandenburger Vereins Opferperspektive gefolgt, der sich um die Opfer rechtsextremer Gewalt kümmert und dessen Existenz aus Geldmangel auf dem Spiel steht. Nach dem Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern diskutiert die Politik mal wieder über die Finanzierung solcher Vereine. Was diese wirklich leisten, wissen die wenigsten.

Ein Soziologe erklärt gerade, dass in dem Laden Neonazi-Klamotten verkauft werden. Da stürmt eine junge Verkäuferin heraus und ruft: »Jetzt ist Schluss hier, verschwinden Sie, sonst rufe ich die Polizei.« Die Leute im Laden lassen die Rollos herunter. Der Soziologe sagt: »Solange es einen solchen Laden hier gibt, ist klar, welche Macht die Szene in der Stadt hat.«

In Wittstock leben 13.500 Menschen, die rechtsextreme Szene umfasst in der Region gerade mal 100 Leute. Aber sie hat sich fest etabliert. Die Verkäuferin ruft: »Das ist mein Arbeitsplatz, so viele Jugendliche leben auf der Straße und Sie wollen mir mit Ihrer Demonstration den Job wegnehmen.« Ein Abgeordneter sagt: »Wir informieren uns nur.« Dann stellt der Soziologe klar: »Die sind es nicht gewohnt, dass jemand hier den Laden thematisiert.«

Über das nicht weit entfernte Rheinsberg – dort waren die Abgeordneten zuerst – wurde in den vergangenen Wochen viel geschrieben. Dort versauten 20 Neonazis

mit vier Anschlägen auf Läden von ausländischen Besitzern den Ruf der Stadt. »Es hat lange gedauert, bis ich akzeptiert habe, dass wir ein Problem mit Neonazis haben, ein Problem für die nächsten Jahrzehnte«, hatte Bürgermeister Manfred Richter (SPD) den Abgeordneten erklärt. Jetzt sucht die Stadt Lösungen, plant eine Zukunftskonferenz mit Bürgern, um sie im Kampf gegen die Neonazis einzubinden.

Wittstock ist kaum in den Schlagzeilen. Der Ort gilt als eine der vielen Gegenden, in denen Neonazis die Jugendszene dominieren. Zwar gingen deren Straftaten zurück, doch ein Neonazi sitzt im Stadtparlament, die Szene organisiert regelmäßig Demos, verteilt Flugblätter. Seit 1999 gab es einen Anschlag auf einen Döner-Imbiss, ein Dunkelhäutiger wurde gejagt und schwer verletzt.

Lange wurde das Problem ignoriert, dann formierte sich der Widerstand engagierter Bürger. Trotzdem wurde 2002 der Spätaussiedler Kajrat Batesov ermordet, es folgte ein Brandanschlag auf die nahe KZ-Gedenkstätte Belower Höhen. Die Stadt war geschockt, doch dann machten einige mobil. Die Demos der Gegner unter dem Motto »Dies Stadt gehört den demokratischen Kräften« waren bald größer als die der Neonazis.

Doch im Alltag schweigt die Mehrheit der Wittstocker. Nur das Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus ist mit 15 Leuten aktiv. So haben sich die Neonazis in den Dörfern eingerichtet, wollen als »Bewegung Neues Deutschland« mit eigenen Kindern den »biologischen Bestand des Volkes erhalten«. Ein Mann erzählt, wie ein bekannter Neonazi mit Schülern Hausaufgaben macht, sie zu Lagerfeuerausflügen mitnimmt. »Sie gelten als höflich und hilfsbereit, sind voll in ihr Umfeld integriert«, sagt er.

Dann wird von einer Frau berichtet, die vier Jahre arbeitslos war, dann in der Firma eines Neonazis Arbeit bekam, nachdem sie in dessen Organisation eintrat. »Unsere Projekte für mehr Demokratie laufen, doch das kostet Geld«, erklärt Gisela Guskowsky-Bork vom Bürgerbündnis. So ist die Förderung für das beliebte Haus der Begegnung ausgelaufen, noch wird es ehrenamtlich fortgeführt.

Man könnte sich wundern, dass sich nur 15 Leute engagieren, man kann sich auch freuen, dass es überhaupt jemand macht. »Ich bin froh, dass bei uns über das Neonazi-Problem geredet wird«, sagt Gisela Guskowsky-Bork. »Nur so kann sich etwas ändern und bessern.«

Süddeutsche Zeitung, 6.10.2006

Die Machtverhältnisse einmal umgedreht

In Brandenburg touren Demokraten durch Orte,
in denen die Rechten das Sagen haben

Annette Ramelsberger

Die Frau rennt auf die Straße, sie schreit. »Gehen Sie weg!«, faucht sie. »Sie vertreiben meine Kunden!« Die blond-gefärbte Verkäuferin versucht hektisch die Interessenten, die sich vor ihren Schaufenstern drängen, zu verscheuchen. Sie lässt die Jalousien herunter, sie fuchtelt mit ihrem Handy, hinter ihr erscheint drohend ein junger Glatzkopf – doch die Menschen vor den Schaufenstern verschwinden nicht. Sie inspizieren interessiert die Ware, die hier feilgeboten wird. Da versucht es die blonde Frau mit einem Trumpf, der ihr ganz besonders stark erscheint: »Kennen Sie die Gesetze der BRD?«, ruft sie den Leuten auf der Straße zu. Damit hat sie die Richtigen angesprochen.

»Wir kennen die Gesetze der Bundesrepublik ziemlich genau«, spottet der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter, der selbst Notar ist. »Gehen Sie mal wieder rein in Ihren Laden und hören Sie auf zu schreien!« Es sind Parlamentarier aus dem Bundestag, dem Europaparlament und den Landtagen, die sich hier in der brandenburgischen Stadt Wittstock vor einem ganz besonderen Laden versammelt haben – dort, wo sich die Neonazis ihre Ausstattung kaufen: Thor-Steinar-Pullover, deren Logo ein verfremdetes Zeichen einer SS-Panzerdivision ist oder Shirts der Marke Hate (Hass). Und es ist hier offenbar das erste Mal, dass die Machtverhältnisse umgedreht sind: Nicht die Rechtsradikalen zeigen Präsenz, sondern Demokraten.

Angesichts der Zahlenverhältnisse verzieht sich der Glatzkopf schnell wieder. Man sieht nur noch sein Hemd, auf dem steht »Solidarität mit Luni«. Luni, das ist der Spitzname des Sängers der rechtsradikalen Band Landser, der wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung im Gefängnis sitzt. Die blonde Verkäuferin keift nur noch: »Geht endlich, ihr gefährdet meinen Arbeitsplatz!«

Ein ganzer Bus voller Parlamentarier hat am Wochenende Orte besucht, in denen das Problem des Rechtsradikalismus besonders deutlich wird. Wittstock zum Beispiel. Ein Drittel seiner Einwohner hat die alte Tuchmacherstadt seit der Wende verloren. Die, die

blieben, zeichnen sich nicht gerade durch heftiges demokratisches Engagement aus. Als einige aktive Bürger vor zwei Jahren zu einer Demonstration gegen einen rechten Aufmarsch aufriefen – da kam keiner. »Es war ein glatter Reinfall«, sagt Gisela Guskowsky vom Bürgerbündnis gegen Rechtsextremisten in Wittstock. Mittlerweile macht der ehemalige Leiter der örtlichen Polizeiwache mit, eine erfahrene Lehrerin, Mitarbeiter der evangelischen Kirche. Und sie bekommen Hilfe: von den mobilen Beratungsteams und vom Verein Opferperspektive. »Unsere wichtigsten Verbündeten«, sagt Guskowsky.

Doch die Arbeit der Helfer ist bedroht. Zum Jahresende will das Bundesfamilienministerium das Geld streichen, neue Programme sollen die bewährten Strukturen ersetzen. Auch die angesichts heftiger Kritik zugestandene Verlängerung um sechs Monate hilft den Initiativen kaum. Bereits jetzt suchen sich die besten Fachleute andere Stellen. Die Mitarbeiter der Opferperspektive haben alle schon beim Arbeitsamt vorgeschlagen. Sie hinterlassen ein Vakuum, in dem Hilferufe wie aus Wittstock verpuffen: »Sie müssen uns helfen«, beschwört ein Bürger die Abgeordneten. »Wir müssen erklären, was an der Demokratie so gut ist, dass wir sie stärken müssen.«

Denn die rechtsradikale Szene hat sich verfestigt, berichtet Jonas Frykman von der Opferperspektive in Potsdam. Demokratische Strukturen sind hier kaum wirksam«, sagt er. In Wittstock hat man es mittlerweile mit »drei Generationen Nazis« zu tun, die älteren hatten wieder Kinder, oft vertreten die Steppkes schon in der Grundschule die rechtsradikalen Thesen ihrer Eltern.

Auch vor Gericht stehen nicht mehr nur dumpfe Glatzen in Springerstiefeln. »Früher zeichneten sich die Täter durch mäßige Intelligenz und starken Alkoholgenuß aus«, hat der Leitende Oberstaatsanwalt Gerd Schnittcher in Neuruppin beobachtet. »Heute spielt der Alkohol keine Rolle mehr. Man begeht die Tat stocknüchtern. Im Zuschauerraum sitzen dann NPD-Funktionäre und die Angeklagten bekennen sich freimütig zum politischen Hintergrund ihrer Tat.«